

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb beamtenbund und tarifunion



3 | 2024
71. Jahrgang



BuHaVo 2024
in Erfurt

OHNE STARKE
GEWERKSCHAFT GEHT ES NICHT

PERSONALRATSWAHLEN 2024

NORDRHEIN-WESTFALEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

WAHLTAG
6.6.2024



BEAMTE



ARBEITNEHMER



Ever Wohergehen,
unser Auftrag -
vom ersten bis
zum letzten Tag!

WAHLEN 2. + 3.7.2024

UNSERE KANDIDATINEN & KANDIDATEN
FÜR SIE IM HAUPTPERSONALRAT

BRIEFWAHL NUTZEN
- JEDE STIMME ZÄHLT!

LISTE 1



Die JVA Koblenz und der BSBD Ortsverband

laden zur 15. Auflage der Deutschen Meisterschaft ein!



DEUTSCHE MTB MEISTERSCHAFT DER JUSTIZ

► Anmeldung: <https://my.raceresult.com/277199/>

Foto: senadesign / stock.adobe.com

SPD-Abgeordnete besuchen JVA Trier

Die Landtagsabgeordneten der SPD Sven Teuber, Lothar Rommelfanger und Christoph Spies besuchten die JVA Trier. Im Gespräch mit der Anstaltsleiterin Sabine Beckmann und dem Personalratsvorsitzenden Stefan Ternes, der gleichzeitig stellvertretenden Landesvorsitzender des BSBD RLP ist, wurden die immer noch anstehenden Schließungspläne der Landesregierung und des FDP geführten Justizministeriums für die JVA Trier besprochen.

Man war sich in der Sache einig, dass es noch mindestens 10 bis 15 Jahre dauern wird, bis die Renovierung des Altbaus der JVA Wittlich realisiert werden kann. Viel zu groß sind aus Sicht des Kollegen Ternes die Probleme, welche im Baubereich des gesamten Justizvollzuges in Rheinland-Pfalz anstehen. Aus diesem Grund hält er die, wie vom Ministerium vorgesehene Realisierung dieses Bauvorhabens im Jahr 2032, für schwer durchführbar. Deshalb ist es aus seiner Sicht unumgänglich, dass sich das Justizministerium endlich „ehrlich“ macht und einen klaren Plan für die Bewältigung der baulichen Probleme in den Anstalten des Landes vorlegt, mit dem dann auch entsprechend gehandelt werden kann.

Kollege Ternes forderte daher gegenüber den SPD-Abgeordneten, dass der zurzeit bestehende Sperrvermerk für Investitionen für die JVA Trier aufgehoben wird, um hier wieder handlungsfähig zu werden. Ansonsten werde ein langsames „Ausbluten“ der Trierer Anstalt stattfinden, da es sehr



v.l.n.r. MdL Rommelfanger, MdL Teuber, Anstaltsleiterin Beckmann, MdL Spies und Kollege Ternes

schwierig ist, junge Menschen für einen Arbeitsplatz in einer „sterbenden“ Anstalt zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang müssten bauliche Maßnahmen, wie der geplante neue Spazierhof für die Gefangenen realisiert werden, welcher eine deutliche Verbesserung der Haftsituation für die Gefangenen bedeuten würde. Dieser stand bis zum Schließungsbeschluss im Jahr 2018 unmittelbar vor seiner Realisierung.

Hier den Kopf in den Sand zu stecken und einfach immer wieder die Schließung

der Anstalt als Ausrede für ausbleibende sinnvolle baulichen Maßnahmen, welche die Haftbedingungen der Gefangenen verbessern würden, zu nutzen, ist nicht zielführend. Leider ist dies die vom Justizministerium etablierte Verfahrensweise, welche letztlich dem gesamten Vollzug in Rheinland-Pfalz nicht dienlich ist.

Beim abschließenden Rundgang durch die Anstalt konnten sich die Mandatsträger noch einen eigenen Eindruck über den baulichen Zustand der JVA Trier machen.

Stefan Ternes

Foto: BSBD RLP

Moderner Strafvollzug in Rheinland-Pfalz?

Wie kann oder sollte der moderne Strafvollzug in Rheinland-Pfalz aussehen und mit welchen Herausforderungen sind die JVA-Bediensteten tagtäglich in ihrem Beruf konfrontiert? Dies waren die großen Themen bei dem gemeinsamen Austausch von Vertretern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten in Rheinland-Pfalz (BSBD RLP) und dem rechtspolitischen Sprecher der FREIE WÄHLER-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Stephan Wefelscheid.

Große Einigkeit herrschte bei den Gesprächspartnern darüber, dass der bauliche Zustand einiger Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz Mängel aufweist und dass neben der Sanierung von Bestandsgebäuden auch über Neubauten nachgedacht werden muss. Der Landesvorsitzende des BSBD RLP, Stefan Wagner, und der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ternes plädierten zudem für den Erhalt des Standortes der JVA Trier. Vor allem muss aus ihrer Sicht der sogenannte Sperrvermerk für Investitionen vom Justizministerium zurückgenommen werden, da davon auszugehen ist, dass die Anstalt in Trier noch mindestens die nächsten 10 bis 15 Jahre in Betrieb bleibt. Diese Sichtweise teilte Herr Wefelscheid ebenfalls und sagte den Gewerkschaftlern gegenüber, dass er die Schließung der JVA Trier als nicht sinnvoll erachtet.

Hierzu muss man anführen, dass Herr Wefelscheid als Jurist und praktizierender Rechtsanwalt die rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten und deren bauliche Situation gut kennt. Auch hat er sich in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach einen Überblick vor Ort in den verschiedenen JVA'en verschafft.

In seinem Statement für einen Neubau der JVA Koblenz stellte der Vorsitzende der Freien Wähler RLP klar: „Für mich war der Besuch der JVA Koblenz im vorigen Frühjahr besonders eindrücklich. Als Koblenzer laufe ich dort täglich auf meinem Arbeitsweg vorbei und war schon über das äußere Erscheinungsbild beunruhigt. Den erheblichen Sanierungsbedarf habe ich aber erst innerhalb der Anstaltsmauern erkannt. Deshalb ist für mich klar: Ein Neubau der JVA Koblenz ist unumgänglich. Die Sanierung darf nicht zum Millionengrab werden!“

Dass eine angemessene finanzielle Ausstattung für den Justizvollzug nicht nur im baulichen Bereich notwendig ist, um den Herausforderungen der nächsten Jahre entgegenzutreten, war ebenfalls unstrittig. Hier muss für die Zukunft über eine Erhöhung der sogenannten Gitterzulage und der Schichtzulage nachgedacht werden, sowie deren Auszahlungskriterien reformiert werden. Nur so lassen sich aus Sicht der Beteiligten junge Menschen als Bedienstete für den Vollzug gewinnen.

Stefan Ternes



Foto: BSBD RLP

v.l.n.r. Kollege Wagner, Landesvorsitzender der Freien Wähler Herr Wefelscheid, Kollege Ternes

Bildung bildet

Seminarangebote des BSBD Rheinland-Pfalz



Foto: dusanpetkovic / stockadobe.com

Als Teil seiner gewerkschaftlichen Arbeit führt der BSBD Rheinland-Pfalz weiterhin Seminare zu gesellschaftspolitischen, aber auch zu vollzugsspezifischen Themen durch.

Bisher ausgeschriebene Seminare:

„Gesund am Arbeitsplatz – der Arbeitsplatz im Einfluss der Künstlichen Intelligenz“

18.-20. September 2024,
Jugendherberge Saarbrücken

„Justizvollzug im Vergleich – Deutschland – Luxemburg/ Luxemburg – eine europäische Hauptstadt/ Antisemitismus und Holocaust“

02.-06. Dezember 2024,
Holiday Inn Express-Hotel Trier

In Planung befindliche Seminare:

„Beruf und Familie im Schichtdienst – eine Herausforderung nicht nur an die Menschen“

„Anforderungen an die Sicherheit im Justizvollzug – strukturell und personell“

„Pensionärsfahrt im Frühjahr 2024“

Informationen zu allen Fahrten gibt es unter: www.bsbd-rlp.de oder Anfragen unter: mail@bsbd-rlp.de

Treffen der Landesarbeitsgruppe „Psychologischer Dienst“ des BSBD

Am 20.03.2024 traf sich die Landesarbeitsgruppe des Psychologischen Dienstes der BSBD im Barbarossahof Kaiserslautern. In entspannter Atmosphäre stellte der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ternes den neuen Landesvorstand noch einmal explizit vor und berichtete über aktuelle Themen im Lande.

Daneben führte er aus, dass gerade die Arbeitsgemeinschaften innerhalb des BSBD's eine wichtige Rolle in der Vorbereitung und Benennung von Zielen für die Gewerkschaftsarbeit spielen, denn gerade in diesen Gruppen wird von Fachleuten, die tagtäglich an der Basis arbeiten, der wirkliche Bedarf festgestellt und benannt.

So wurden bei diesem Treffen, unter der Leitung der Gruppensprecherin Lena Willhelmus, über folgende Themen diskutiert:

- ▶ Der Bedarf an fachspezifischen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für den Psychologischen Dienst
- ▶ Der Stand der Umsetzung des Konzeptes „Lokal – Ambulant - Psychiatrische Behandlung“ (LAP) in Rheinland-Pfalz



v.l.n.r. Kollegin Heinrichs, Kollege Ternes, Kollegin Nicolay, Kollegin Neu, Kollegin Willhelmus

Letztlich war auch die Entwicklung und Neustrukturierung der Arbeitsgruppe, nachdem sich langjährige sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus der Gruppe verabschiedeten, ein wichtiges Thema. An dieser Stelle soll auch noch ein herzlicher Dank an Frederike und Michael für die stets engagierte Mitarbeit nicht unerwähnt

bleiben. Ebenso wie die damit verbundene herzliche Einladung, insbesondere an Kolleginnen und Kollegen, welche erst seit kurzem im Vollzug tätig sind, gewerkschaftliche Luft zu schnuppern.

Lena Willhelmus

Treffen der AG „Soziale Dienste“

Am 17. April 2024 begrüßte der BSBD Landesvorsitzende Mark Schallmo die Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Vollzugsanstalten des Landes zur „Neuaufgabe“ der Arbeitsgruppe „Soziale Dienste“ im Barbarossahof / Kaiserslautern. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe begrüßten es ausnahmslos, dass diese Arbeitsgruppe wieder zum „Laufen“ gekommen ist.

Als erster Punkt stand die Neuwahl einer Sprecherin der Arbeitsgruppe auf der Tagesordnung, zu welcher dann Frau Anna-Maria Huber aus der JVA Zweibrücken benannt wurde.

Vielen Dank an dieser Stelle an Kollegin Huber für die Übernahme dieser Funktion und der damit verbundenen Aufgabe, die Gruppe sowie deren Belange in Zukunft zu gestalten.

Die Anwesenden sehen es als eine wichtige Aufgabe der Gruppe heraus, dass der Sozial Dienst durch diese AG künftig bes-

ser untereinander vernetzt ist und erhoffen sich hierdurch einen regen Austausch untereinander.

Anschließend wurde das aktuelle Geschehen im Land intensiv diskutiert. Insbesondere die Situation des Sozialen Dienstes in den einzelnen Anstalten, nahm hier eine hervorgehobene Position ein.

Hierbei wurde die durchaus angespannte Lage in den einzelnen Anstalten eindringlich thematisiert.

Als künftige Themen bzw. Aufgaben hat sich die AG in Laufe des Treffens auf folgende Schwerpunkte verständigt:

- Erhöhung des Stellenkegels (Beamten)
- Mehr Beförderungsstellen für die Laufbahn der A 13 (Beamten)
- Anhebung der Vergütung im Angestelltenbereich auf die S15
- Eingangssamt A10 (Beamten) (Für alle Laufbahnen im 3. EA)

- Abbau von Bürokratie
- Bei der Ausbildung im 2. Einstiegsamt (AVD) sollte noch mehr auch auf die Arbeit der Sozialdienstkräfte in Bezug auf die alltägliche Arbeit hingewiesen werden.

Daneben will die AG sich mit den Themen:

- Home-Office
- Haftantritt von Gefangenen im Offenen Vollzug
- Höhenverstellbare Schreibtische beschäftigen.

Als Termin für das nächste Treffen dieser Arbeitsgruppe wurde der 23. September 2024, wieder in Kaiserslautern, festgelegt.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP

Generationenwechsel im Ortsverband Trier

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung standen die Neuwahlen des Vorstands des OV Trier an. Hierfür begrüßte der noch amtierende Vorsitzende Nikolaus Adam die anwesenden Kolleginnen und Kollegen im Leinenhof in Schweich. Sein besonderer Gruß galt hierbei den anwesenden Pensionären. Daneben begrüßte er als Vertreter des Landesvorstands den stellvertretenden Landesvorsitzenden Stefan Ternes.

Dieser führte daraufhin in seinem Grußwort aus, wie sich der neue Landesvorstand gestaltet und welche Ziele sich dieser gesetzt hat. Insbesondere ging er darauf ein, dass es ein besonderes Anliegen der neuen Landesleitung ist, die Pensionäre mehr an den Verband zu binden. Hierfür werde man in Zukunft in Verbindung mit dem Landespensionärsvertreter sowie den Mitgliedern der AG Pensionäre und den Pensionärvertretern der Ortsverbände noch enger zusammenarbeiten, um Treffen und Seminare zu erarbeiten, welche für unsere Ruheständler interessant und sinnvoll sind.

Des Weiteren teilte Kollege Ternes mit, dass es im gesamten Land große Probleme im baulichen Bereich im Vollzug gibt und letztlich hierdurch mit einer Schließung der JVA Trier in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei. Selbst das Justizministerium geht in seinen eher optimistischen Zeitplanungen mittlerweile davon aus, dass eine Schließung der Trierer Anstalt vor 2032 nicht durchführbar ist. Ob diese Planungen jedoch auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 2026 und die leeren Kassen des Landes noch Bestand haben, darf seiner Meinung nach noch abgewartet werden.

Letztlich waren noch die guten Nachrichten aus dem Tarifabschluss ein Thema. Kollege Ternes lobte den Tarifabschluss und die mittlerweile 1:1 Übernahme auf die Beamtenschaft durch die Landesregierung als ein gutes Zeichen, um den öffentlichen Dienst wieder attraktiv für junge Menschen zu gestalten. Dies ist aus seiner Sicht dringend notwendig, da es sich in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes als

sehr schwierig darstellt, genügend und vor allem geeignete Bewerber zu finden.

Die weitere Sitzung wurde dann durch den Ortsverbandsvorsitzenden Adam moderiert, der in seinem Bericht noch einmal die Aktivitäten des Ortsverbandes darlegte. Auch wies er auf die Besonderheit des OV Trier hin, der über mehr Mitglieder verfügt, als die JVA Trier aktive Mitarbeiter hat. Dies ist ein sehr einmaliges und deutliches Votum für die gute Verbandsarbeit, welche im OV Trier geleistet wird. Hierfür sprechen die Ehrungen der langjährigen Mitglieder, bei denen ein Kollege für 50 Jahre Mitgliedschaft und mehrere Kollegen für 40 Jahre Mitgliedschaft im BSBD geehrt wurden.

Nach der anschließenden Entlastung des Kassenwartes sowie des Vorstandes wurden die Neuwahlen des OV durchgeführt.

Da schon im Vorfeld klar war, dass die „alte“ Garde eine Verjüngung des Vorstandes erwirken wollte, wurden mit dem neuen Vorsitzenden Philipp Lehnertz, den Beisitzern Heike Meyer-Darzi und Johannes Wollscheid „frische“ Kräfte an Bord geholt. Diese können sich aber auf die bewährten Kollegen Adam, nunmehr stellvertretender OV-Vorsitzender, den Pensionärvertreter Achim Komes sowie den bewährten Kassenwart Christian Pompejus und die ebenfalls wiedergewählte Schriftführerin Lisa Amhof stützen.

Es besteht Einigkeit, dass der OV Trier durch diese Wahl gut aufgestellt ist, um weiterhin erfolgreich durch die manchmal stürmische See des Vollzuges schiffen zu können.



v.l.n.r. Kollege Adam, Kollege Strakejahn, Kollege Mai, Kollege Ternes

Philipp Lehnertz

Schulung für Personalratsmitglieder der Justiz und Justizvollzugsanstalten Rheinland-Pfalz

Unter der Schirmherrschaft der AG Justiz fand vom 15. - 16.04.2024 in der Jugendherberge St. Goar die zweite Personalräteschulung für 2024 statt. Viele Personalratsvertreter/innen besuchten die Veranstaltung mit folgenden Themenschwerpunkten:

1. Erfolgreich verhandeln und argumentieren in der PR-Arbeit.

2. Menschenkenntnis für eine effektive Interessenvertretung!

3. Mitarbeiterführung durch Beurteilungen.

4. Neue Wege des Bewerberauswahlverfahrens.

Das erste Thema wurde vom Kollegen Schallmo den Teilnehmern/innen vermittelt.

Danach übernahm der Kollege Spruzen den zweiten Vortrag des Tages zum Thema „Menschenkenntnis“. Hierbei vermittelte er sehr anschaulich wie wertvoll und wichtig eine gute Menschenkenntnis, gerade auch als Personalrat ist. Am zweiten Tag vermittelte die Kollegin Schatz den Seminarteilnehmern/innen eindrucksvoll das anspruchsvolle Thema „Mitarbeiterfüh-

rung durch Beurteilungen“! vermitteln. Zu guter Letzt übernahm der Kollege Conrad zum Abschluss der Fortbildung das Thema: „Neue Wege des Bewerberauswahlverfahrens“. Hier wurde speziell auf die kommenden Herausforderungen im Umgang mit der sog. Generation „Z“ in der Berufswelt Stellung bezogen.

Wieder einmal zeigte sich in diesem Seminar, wie man Personalratsmitgliedern neue „Techniken“, Herangehensweisen, Vorschläge sowie Impulse vermittelt, damit sie künftig ihre Personalratsarbeit noch weiter ausgestalten und optimieren können.

Vielen Dank nochmal an die Dozenten/in für die hervorragende Vermittlung der Themen, und an alle Seminarbesucher/innen für die ganz tolle Mitarbeit.

Die nächste Personalräteschulung soll im November 2024 in Vallendar stattfinden.

Mark Schallmo

BSBD Landesvorsitzender



Die Mitglieder der Personalräteschulung des BSBD-Rheinland-Pfalz

BSBD Bundeshauptvorstand tagt in Erfurt



v.l.n.r. Landesvorsitzender Stefan Wagner, Bundesvorsitzender René Müller, Landesvorsitzender Mark Schallmo

Auf Einladung des BSBD-Bundeshauptvorstandes tagte vom 12. - 14.03.2024 der BSBD-Bundeshauptvorstand in Erfurt.

Als Vertreter des Landesverbandes Rheinland-Pfalz waren die Kollegen Stefan Wagner und Mark Schallmo vor Ort um sich über die aktuellen Entwicklungen aus dem Bundesbereich zu informieren und um die Interessen aus Rheinland-Pfalz zu vertreten.

Es galt eine sehr umfangreiche Tagesordnung bei diesem Treffen abzuarbeiten. Besonderen Raum nahm der Bericht des Tarifvertreterers Sönke Patzer über den Verlauf und das Ergebnis der Tarifverhandlungen ein.

Zum Zeitpunkt der Tagung war noch nicht in allen Bundesländern die Ausgestaltung der Tarifübernahme auf den Beamtenbereich klar.

Weitere Themen waren unter anderem:

- Urteile zur amtsangemessenen Alimentation
- Forsa Umfrage zum Berufsranking
- Der „Neue“ Vollzugsdienst
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- Mobbing
- Angriffschädigung

Auch waren Vertreter der DBV-Versicherung zu einem Programmpunkt geladen. Diese berichteten über aktuelle Versicherungsleistungen und Angebote ihrer Versicherung.

Kollege Wagner sowie Kollege Schallmo nutzten dieses Treffen einerseits,

- um die Probleme aus Rheinland-Pfalz darzulegen, und weiterhin,
- um den Bund über die Neue Geschäftsführung des Landesverbandes zu informieren.

Auch außerhalb der intensiven Tagesordnung wurden sehr gute Gespräche über die Zielsetzungen und Ideen für die Zukunft des Justizvollzuges geführt.

Es wurden sehr viele Kontakte gepflegt und neu gegründet.

Stefan Wagner und Mark Schallmo
Vorsitzende-BSBD-RLP

Tarifübernahme vom Landtag beschlossen

Nur ein wenig mehr, als dass was man tun musste!

Der BSBD Rheinland-Pfalz begrüßt im Grundsatz ausdrücklich die einstimmige Annahme des Gesetzes zur Tarifübernahme und Erhöhung der Gitterzulage im rheinland-pfälzischen Landtag.

„Dies ist ein richtiger Schritt und wichtiges Signal an die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz“, so kommentiert Landesvorsitzender Mark Schallmo das neue Gesetz.

„Alles andere als die zeit- und inhalts-gleiche Übernahme wäre den Beamtinnen und Beamten nicht zu vermitteln gewesen, daher freuen wir uns auch über die Einstimmigkeit des Landtages zur Annahme.“

Der Versuch der Landesregierung, die Übernahme des Tarifergebnisses als besondere Art der Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten zu verkaufen ist allerdings nicht nachvollziehbar. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, in Ta-

rifverhandlungen erzielte Ergebnisse auch auf den Beamtenbereich zu übertragen. Bei aller Zufriedenheit über das Gesetz, bleibt dennoch Raum, weitere Verbesserungen zu fordern, die im Gesetzgebungsverfahren leider kein Gehör gefunden haben.

Dazu gehören unter anderem:

Die Bezahlung des „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ zum Beispiel. Hier erfolgt zwar seit Jahren eine Dynamisierung der Beträge anhand der Tarifentwicklung. Dennoch sind die gezahlten Beträge in der Höhe mehr als inakzeptabel und bedürfen einer dringenden und spürbaren Erhöhung.

Die Staffelung der Gitterzulage, die volle Höhe wird erst nach drei Jahren Dienstzeit gezahlt, ist nicht akzeptabel. Im Justizvollzug gibt es keine klassischen Einarbeitungsphasen, hier werden alle Funktionen, anders als vom Ministerium der Finanzen dargestellt, von Beginn an aufgefüllt. Daher ist die Gitterzulage vom ersten Tag an in voller Höhe zu zahlen.

Die Zulage für medizinische Beamte muss eingeführt werden. Hier kann es nicht sein, dass verbeamtete Kräfte auf die Zulage verzichten müssen. Eine Abgeltung der besonderen Anforderungen für den medizinischen Bereich erfolgt nicht, wie vom Ministerium der Finanzen behauptet, mit der Zahlung der Gitterzulage.

Wir fordern weiterhin und vehement die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage. Die Belastungen des Dienstes verschwinden nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Andere Bundesländer haben dies schon erkannt.

Der BSBD Rheinland-Pfalz wird diese und weitere Forderungen weiterhin im politischen Raum vortragen und vertreten.

Von den Ergebnissen des BSBD profitieren natürlich alle Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug. Daher lohnt sich eine Mitgliedschaft noch mehr, um unsere Position zu stärken.

BSBD – Wir für euch

Fachkräftemangel spürbar!

Sanitätsbedienstete im Land sind unzufrieden!

Trotz mehrerer Absagen fand das Treffen der Arbeitsgruppe „Sanitätsdienst“ in etwas reduzierter Teilnehmerzahl statt. Der Landesvorsitzende Stefan Wagner begrüßte die Teilnehmer und ihren Fachgruppensprecher Marco Schlösser herzlich.

Ohne große Einführung wurden die unterschiedlichen Arbeitsweisen in den einzelnen Einrichtungen vorgestellt und diskutiert. Es wurde festgestellt, dass an vielen Stellen und bei vielen Vorgängen eine einheitlichere Arbeitsweise angebracht wäre, um bei Verlegungen von Gefangenen in andere Einrichtungen besser nachvollziehen zu können, was in der vorherigen Einrichtung veranlasst wurde.

Als großes Problem für den Sanitätsdienst insgesamt wurde festgestellt, dass es immer schwieriger ist, Personal für diesen Bereich zu finden. Da hier eine medizinische Ausbildung, zumindest aber die Ausbildung zum Rettungssanitäter, hier vorgeschrie-

ben ist. Der Druck und die Arbeitsbelastung im Sanitätsdienst lassen sich auch schwer mit anderen Bereichen vergleichen. Personalsatz kann aber durch die speziellen Anforderungen nur aus der eigenen Gruppe heraus erfolgen. Dies erschwert die Personalplanung enorm.

Eine Erleichterung der Situation konnte mit der Einstellung von medizinischen Fachangestellten als tariflich Beschäftigte erzielt werden. Daneben sollen zukünftig auch Rettungssanitäter als tariflich Beschäftigte eingestellt werden. Dies wiederum stellt aber auch den Sicherheitsaspekt vor große Herausforderungen, denn bisher waren ausschließlich verbeamtete Kräfte in den Sanitätsabteilungen tätig. Dies soll auf lange Sicht auch weiterhin so bleiben.

Erschwert wird die Situation künftig sicherlich dadurch, dass es in den vergangenen Tarifverhandlungen gelungen ist, eine Zulage für Beschäftigte im medizinischen Bereich durchzusetzen, welche das Land

Rheinland-Pfalz aber nicht für die Beamtinnen und Beamten übernommen hat. Gefordert wird ebenso ein einheitlicher Ausbildungsstandard für die Bediensteten im Sanitätsdienst.

Neben einigen weiteren speziellen Problemen wurden auch die allgemeinen Probleme der Personalgewinnung angesprochen, zum Beispiel die Bezahlung der Wochenenddienste. Hier konnte der Landesvorsitzende berichten, dass dieses Thema bei allen Gesprächen im politischen Raum immer wieder vorgetragen wird.

Zum Abschluss des sehr intensiven Austauschs dankte Stefan Wagner allen Anwesenden für ihr Kommen und versicherte, dass sich der Landesverband den angesprochenen Problemen annehmen wird. Ein nächstes Treffen der Arbeitsgruppe ist für die zweite Jahreshälfte vorgesehen.

Stefan Wagner